

Modul 6 Informationen für Lehrer

Nachkriegszeit - Entnazifizierungen - Stunde Null

Informationen zur Stunde im Archiv

Die SuS erarbeiten arbeitsteilig anhand von Quellen des Stadtarchivs Lemgo zur Entnazifizierung von Stadtbaumeister Schäfer und anhand von zwei Informationstexten zur „Stunde Null“ den Sinn bzw. Unsinn der Entnazifizierungen in der BRD. Ein mögliches Ergebnis kann hierbei sein, dass in verschiedenen Bereichen nach dem Krieg zum Wiederaufbau Experten benötigt wurden, die dann deswegen trotz ihrer „Nazi-Vergangenheit“ wieder in verantwortungsvolle Positionen gebracht wurden.

Die Ergebnisse der einzelnen Gruppen werden am Ende von den SuS vorgetragen, dabei wird der spezielle Fall von Stadtbaumeister Schäfer auf die allgemeine Problematik der Entnazifizierung bezogen. Eine Frage dazu kann lauten: Wie passend findet ihr den Begriff „Stunde Null“ vor dem Hintergrund der Entnazifizierung des Lemgoer Stadtbaumeisters Schäfer?

Übersicht Inhalt der 2 Informationstexte:

Welche Bedeutung impliziert der Begriff „Stunde Null“ ?

- Abschluss mit Vergangenheit
- Deutschland war am Boden
- Neubeginn?
- Neue Zeitrechnung

Pro und Contra Argumente für den Begriff „Stunde Null“

Pro	Contra
<ul style="list-style-type: none"> • Chance auf vollständigen pol. & gesell. Neuanfang <ul style="list-style-type: none"> • Hoffnung nach völligem Zusammenbruch • teilweise wurden die ehemaligen Eliten ausgetauscht, aber lange nicht zur Gänze • Abwendung vom Militarismus 	<ul style="list-style-type: none"> • Neuanfang nicht mit Kriegsende gleichzusetzen <ul style="list-style-type: none"> • es gab keinen kompletten Umbuch, da alte Strukturen bestehen blieben • alte Eliten blieben in weiten Bereichen bestehen • für die „kleinen Leute“ änderte sich wenig/nichts <ul style="list-style-type: none"> • es blieb der Kampf ums Überleben • Ideologie & Ansichten blieben noch lange vorhanden (s. Umfrage der Alliierten) <ul style="list-style-type: none"> • wird zu lange genutzt • kann als Versuch der Verdrängung angesehen werden <ul style="list-style-type: none"> • Flucht vor der eigenen Vergangenheit • Schlussstrich-Mentalität <ul style="list-style-type: none"> • ist in den Köpfen der Überlebenden nicht als Neufang verhaftet, da man mit der neuen Situation zurecht kommen musste

Weiterführende Informationen:

Entnazifizierung in der US-Zone

Die Amerikaner hatten das Problem der politischen Säuberung in ihrer Zone mit denkbar größtem Elan angepackt, um alle ehemaligen Nazis aus dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft zu entfernen. Zur Ermittlung dieses Personenkreises diente der berühmt gewordene Fragebogen. Auf 131 Fragen wurde wahrheitsgetreue Antwort verlangt, Auslassung und Unvollständigkeit waren als Delikt gegen die Militärregierung mit Strafe bedroht. Das Kernstück des sechsseitigen Fragebogens bildeten die Positionen 41 bis 95, bei denen detaillierte Auskunft über die Mitgliedschaft in allen nationalsozialistischen Organisationen gefordert war. Anfang Dezember 1945 waren bei den Dienststellen der amerikanischen Militärregierung ungefähr 90 000 Fragebogen eingegangen. 140 000 Personen wurden sofort aus ihren Positionen entlassen. Fast ebenso viele wurden als minder gefährliche Nazi-Sympathisanten eingestuft.

Die Durchführung der Entnazifizierung lag in der US-Zone bis zum Frühjahr 1946 in der Zuständigkeit der Militärregierung. Zunächst beschränkte sich die Säuberung freilich darauf, die Fragebogen zu überprüfen. Die am höchsten belasteten Nationalsozialisten fielen in die Kategorie "Automatischer Arrest", dann kamen die NS-Aktivisten, die aus ihren Stellungen entlassen werden mussten, nach ihnen die harmloseren Fälle, deren "Entlassung empfohlen" wurde, und schließlich die Mitläufer, die ihre Stellungen behalten durften.

Die ständige Erweiterung des Säuberungsprogramms über die eigentlichen Führungspositionen hinaus schuf beträchtliche Probleme: Einerseits entstand Personalangel in der Verwaltung wegen der zahlreichen Entlassungen - im Frühjahr 1946 waren es 300 000 -, auf der anderen Seite bedeutete die Einrichtung von Internierungslagern, in denen rund 120 000 Personen der Kategorie "automatischer Arrest" inhaftiert waren, eine Belastung für den Demokratisierungsanspruch der amerikanischen Besatzungsmacht. Die in den elf Lagern der US-Zone auf ihre Entnazifizierung Wartenden sahen kaum den Zweck ihrer Festsetzung ein, und die ebenso schleppende wie unsystematische Prozedur ihrer Überprüfung ließ für die Betroffenen auch keinen rechten Sinn erkennen. Denn nach der Aussonderung der Inhaber hoher Ränge in der NS-Hierarchie und der mutmaßlichen Straftäter blieben die mittleren Ränge der SS und der SA, die mittleren Funktionäre der NSDAP, die Apparatschiks vom Ortsgruppen-Amtsleiter bis zum Gau-Amtsleiter übrig, und die brauchten sich kaum schuldiger zu fühlen als die meisten anderen, denen bis zu drei Jahre Internierungslager erspart blieben.

Kurswechsel

Im Frühjahr 1946 wurde für die Länder der US-Zone ein "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" verabschiedet. Es bildete fortan die Rechtsgrundlage der Säuberung, die damit in deutsche Hände gelegt war. Das Befreiungsgesetz war formal in den Rahmen der Kontrollratsdirektiven eingepasst und suchte den Kompromiss zwischen dem Diskriminierungs- und Strafgedanken und der als notwendig empfundenen Rehabilitierung; wie in den anderen Zonen setzte sich die Idee der Rehabilitierung dann nachhaltiger durch. Infolge des

größeren Rigorismus, mit dem in der US-Zone das Problem anfänglich in Angriff genommen worden war, erschien die zunehmend betriebene Umwidmung von Schuldigen in Unschuldige - die Entlastung ursprünglich schwer Beschuldigter zu "Mitläufern" - als eklatanter Fehlschlag des ganzen Unternehmens.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die sich in der amerikanischen Zone im Laufe der Entnazifizierung ergab, war allerdings gewaltig. Dreizehn Millionen Menschen vom vollendeten 18. Lebensjahr an hatten ihre Fragebogen ausgefüllt, knapp ein Drittel der Bevölkerung war vom Befreiungsgesetz betroffen. Etwa zehn Prozent wurden dann schließlich verurteilt. Und tatsächliche Strafen oder Nachteile von Dauer erlitt weniger als ein Prozent der zu Entnazifizierenden überhaupt. Die Prozedur der Entnazifizierung in der amerikanischen Zone, die mit einer gewissen Zeitverzögerung auch in den beiden anderen Westzonen angewendet wurde, erfolgte vor Spruchkammern.

Die Spruchkammern, deren es insgesamt über 545 in der US-Zone gab, waren Laiengerichte mit öffentlichen Klägern. Oberste deutsche Instanz waren die Befreiungsministerien der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen, beaufsichtigt wurde die Entnazifizierung von der amerikanischen Militärregierung. Jeder Fall war individuell zu würdigen. Ein bisschen Entlastung brachte die Jugendamnestie vom August 1946, die ab Jahrgang 1919 galt, und die Weihnachtsamnestie von 1946, die Kriegsbeschädigte und sozial Schwache begünstigte. Für die Spruchkammern blieben 930 000 Einzelfälle übrig.

Der Elan, die Reste des Nationalsozialismus zu beseitigen, die politische Säuberung zu vollziehen, war spätestens ab Frühjahr 1948 verschwunden. Die Besatzungsmacht lockerte die Kontrollen, und um die Sache abzuschließen, wurden sogar Schnellverfahren eingerichtet. Im Zeichen des Kalten Krieges hatte sich der Straf- und Diskriminierungsgedanke verflüchtigt. Und davon profitierten nicht wenige Belastete, die glimpflicher davorkamen als die minder schweren Fälle, die zu Beginn der Entnazifizierung behandelt worden waren. Ein anderer Vorwurf richtete sich gegen das grassierende Denunziantentum und gegen Korruption, Scheinheiligkeit und die Jagd nach "Persilscheinen" (das waren Bestätigungen von Unbelasteten, mit denen ehemalige NSDAP-Mitglieder ihre Harmlosigkeit dokumentieren wollten). Schließlich war die Spruchkammer als Instanz zur Gesinnungsprüfung - vom rechtsstaatlichen Standpunkt aus gesehen - ein zweifelhaftes Instrument.

General Clay, der amerikanische Militärgouverneur, der einer der Protagonisten des Säuberungsgedankens gewesen war, begründete im Rückblick den Abbruch der Unternehmung mit einem Argument, das nicht weniger einleuchtend war als der Gedanke der politischen Säuberung: "Hätten die nominellen Parteimitglieder nicht ihre vollen bürgerlichen Rechte und die Möglichkeit zurückerhalten, wieder ein normales Leben zu führen, dann hätte sich bestimmt früher oder später ein ernsthafter politischer Unruheherd entwickelt."

Re-education

Die Alliierten hielten die Herstellung eines demokratischen Systems, auch wenn sie diesen Begriff höchst unterschiedlich interpretierten und sehr verschiedene Methoden anwendeten, übereinstimmend für ein grundlegendes Kriegsziel und einen

Modul 6: Informationen für Lehrer

wichtigen Besatzungszweck gegenüber Deutschland. Dazu war es zunächst nötig, die Deutschen mit demokratischen Verhaltensweisen bekanntzumachen, sie zu Demokraten zu erziehen. Der Begriff "Umerziehung", mit dem der englische Ausdruck re-education (man sagte auch re-orientation) umschrieben wurde, war freilich sehr unglücklich und löste auf deutscher Seite heftige Abwehr aus. Nicht nur schien materieller Wiederaufbau vielen dringlicher als die Demokratisierung des Bildungswesens, der Presse, des Rundfunks, des ganzen öffentlichen Lebens, sie wehrten sich auch dagegen, auf kulturellem Gebiet Lehren von Amerikanern und Sowjetoffizieren, Franzosen und Briten anzunehmen. Die militärische und moralische Niederlage war vielen Deutschen schmerzlich genug, sie wollten jetzt nicht auch noch belehrt und erzogen werden.

Nach der Besetzung waren alle Schulen in Deutschland geschlossen worden. Vor der Wiederaufnahme des Unterrichts sollten die Lehrer (sowie Lehrpläne und Lehrmittel) entnazifiziert werden. Angesichts der Mitgliedschaft der überwiegenden Mehrheit aller Lehrer in der NSDAP oder deren Gliederungen war dies nicht nur ein organisatorisches Problem, die konsequente Durchführung eines umfassenden Entnazifizierungsprogramms hätte auch auf lange Zeit jeden Schulbetrieb in Deutschland verhindert. Gegen alle Bedenken und trotz mangelhafter Vorbereitung wurden daher in allen Zonen im Laufe des Herbstes 1945 die Schulen wieder eröffnet, hauptsächlich, um die Kinder und Jugendlichen von der Straße zu bringen. Wegen des Lehrermangels holte man Pensionäre in die Schulen zurück und stellte "Schulhelfer" ein (zum Beispiel Studenten), die in den unbeheizten Schulhäusern beim Schichtunterricht mithalfen. An Reformen war zunächst in dieser Situation nicht zu denken.

Aus:

Bundeszentrale für politische Bildung

Prof. Dr. Wolfgang Benz

11.04.2005

via:

<http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39605/entnazifizierung-und-erziehung?p=all>

Kurzbiographie Stadtbaumeister Friedrich Schäfer

22.09.1890 Geburt in Matorf bei Lemgo

Bürgerschule Lemgo
Technische Lehranstalt Lemgo

1904-1907 Handwerkslehre als Zimmerer
1911-1912 Bauführer Stadtbauamt Lemgo
1912-1919 Kriegsdienst bei technisches Truppe (Eisenbahnbaukompagnie)
12.10.1914 bis 01.03.1919: Wehrmacht; Rang Sergeant Auszeichnung: E.K. II.
01.04.1920 Beginn Beamtenlaufbahn als Techn. Stadtsekretär bei der Stadt Lemgo
Besuch der Verwaltungsschule Lemgo (Abschluss: Verwaltungs-Obersekretär)

01.07.1933 Beitritt NSKK¹; Rang: Scharführer
01.03.1934 Beitritt RLB²; Amt: Bauberater beim Stabe
März 1934 Beitritt NSV³
01.04.1936 Beitritt NSDAP (Mitglieds-Nr.: 3754933)
01.04.1936 Beitritt Technische Nothilfe; Amt: Ortsführer

03.09.1947 Schäfer wird in Kategorie III eingeordnet und in Ruhestand gesetzt
29.10.1949 „politisch entlastet“, nun in Kategorie V eingeordnet
01.11.1949 erneute Ernennung zum Stadtbaumeister Lemgos
30.09.1955 Ruhestand nach Erreichung der Altersgrenze

Friedrich Schäfer war evangelisch -reformierten Glaubens, verheiratet und hatte drei Kinder.

¹ NSKK: Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps

² RLB: Reichsluftschutzbund

³ NSV: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt